

Geschlechtsverkehr „zu Lasten eines Kameraden“

Das Bundesverwaltungsgericht ist in einer pikanten Angelegenheit zu einem Urteil bekommen.

Ein Hauptfeldwebel der Bundeswehr hatte nämlich „in der ehelichen Wohnung Geschlechtsverkehr“ mit der - Achtung! - „Ehefrau eines befreundeten Mannschaftssoldaten“. Der war in „vorläufiger Trennungsabsicht“ zuvor ausgezogen, was das Zusammentreffen zweifellos erleichterte und mich zum grundsätzlichen Nachdenken über den Begriff „Freundschaft“ anregte.

Die Ehe scheiterte später, und die „Beziehung“ des Hauptfeldwebels zu der Frau war auch nach zwei Wochen beendet.

An dieser Stelle hätte die Geschichte beendet sein können

Das war sie aber nicht, denn die außereheliche Begegnung mit der Gattin eines innerehelichen Kameraden sei „eine Verletzung seiner Kameradschaftspflicht“, urteilte das Truppendienstgericht der Bundeswehr, nachdem es von dem Fall erfahren hatte. Ergebnis: Beförderungsverbot und Soldkürzung für den Hauptfeld.

Das Bundesverwaltungsgericht stimmte dieser Entscheidung jetzt zu, dass es „dienstrechtliche Konsequenzen“ haben könne, wenn sich ein Soldat an einem Ehebruch „zulasten eines anderen Soldaten“ beteiligt. Die Ehe sei nämlich „eine auf Lebenszeit geschlossene Gemeinschaft“, verbunden mit dem „wechselseitigen Anspruch auf eheliche Treue“.

Wunderbar, oder? Wo hört man heute diese eigentlich selbstverständliche Betrachtung einer Ehe noch in dieser Duttlichkeit?

Einfache Lösungen gibt es nicht: Soll Deutschland sein Wort gegenüber den afghanischen Ortskräften brechen?

138 Afghanen sind gestern Abend in einer von der Bundesregierung gecharterten Maschine auf dem Flughafen Leipzig/Halle gelandet: 45 Kinder und Jugendliche, 76 Frauen und 62 Männer - alle haben eine rechtskräftige Aufnahmezusage der alten Bundesregierung.

Das ist der Ausgangspunkt

Ein Sprecher des Innenministeriums versicherte, dass alle Einreisenden unter Sicherheitsgesichtspunkten überprüft würden – wir wissen aus anderen Fällen, wie das verläuft. Da wird ein Gespräch geführt: Sind Sie Terrorist? Dann sagt das Gegenüber: Nein. Und dann gibt es einen Stempel und rein nach „Germoney“.

Aber tatsächlich ist das für einen Rechtsstaat ein Problem, was gerade passiert.

Wir alle wissen, dass es Zehntausende Illegale aus Afghanistan in Deutschland gibt. Sie sind nicht gekommen, weil sie verfolgt werden oder ihr Leben ernsthaft in Gefahr ist. Sie sind gekommen, weil sie hier die Chance auf ein besseres Leben haben, eine Perspektive auf Wohlstand, medizinische Versorgung und Freiheit. Das kann man den Leuten nicht verdenken, wären wir in Afghanistan oder Burkina Faso oder im Kongo aufgewachsen, wir würden wahrscheinlich auch versuchen, da um jeden Preis rauszukommen.

Das ist deren Perspektive

Aber es ist nicht unsere.

Deutschland hat sich mit dem Merkelschen Irrsinn, die Grenzen für Millionen kulturfremde Menschen zu öffnen, massiv übernommen. Städte und Gemeinden wissen nicht mehr, wie die Leute unterbringen und finanzieren sollen, die da zugeteilt werden. Migranten aus islamischen Ländern haben andere Vorstellungen über das Leben in einer freien Gesellschaft, über die Rolle der Frau, über unsere Gesetze und Traditionen, über unseren christlichen Glauben

Das ist deren Problem, sollte man meinen

Aber tatsächlich ist es ein großer Teil unserer Gesellschaft, die diese Zustände durch ihre Wahlentscheidungen erst möglich gemacht haben. Merkel hat mit dem Wahnsinn begonnen, Grüne und Rote blockieren bis heute jeden Versuch, Illegale wenigstens abschieben zu lassen. Eine Welle der Messergewalt schwappt über unser Land, Menschen sterben, und niemand hat den Mut und die Kraft, das endlich zu beenden. Außer die AfD, die das sicher machen würde, die aber politisch nichts zu melden hat – man kann das bedauern, aber so ist die Lage.

„Wir werden freiwillige Bundesaufnahmeprogramme so weit wie möglich beenden (zum Beispiel Afghanistan) und keine neuen Programme auflegen“, heißt es im Koalitionsvertrag der wahrscheinlich nächsten Bundesregierung. Aber ob das wirklich konsequent durchgezogen wird? Mit Frau Esken? Zweifel sind erlaubt, aber es ist alternativlos.

Der Zustrom illegaler Migranten nach Deutschland MUSS enden. Hunderttausende rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber MÜSSEN raus aus Deutschland, auch um Platz zu schaffen für die, die wirklich unter Krieg und Verfolgung leiden und Hilfe brauchen.

+++Wir benötigen Ihre Unterstützung, um unsere publizistische Arbeit fortsetzen zu können+++Bitte

spenden Sie über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Doch zurück zu den Afghanen, die in Islamabad festsitzen

Sie warten auf ihre Ausreise nach Deutschland. Darunter sind die meisten sogenannte „Ortskräfte“, das sind frühere Mitarbeiter der Bundeswehr vor Ort. Der *Deutsche Reservistenverband* hat zum Thema eine klare Haltung. Natürlich müssen unsere afghanischen Kameraden rausgeholt werden. Und zynisch: „Vielleicht ist beim Führungspersonal der Bundesregierung das Phänomen Kameradschaft schlüssig unbekannt.“

Ja, vielleicht!

Auf der Internetseite des Reservistenverbandes heißt es über die Einsatzveteranen der Bundeswehr weiter:

„Sie erzählen, wie sehr sie gemeinsam erlebte Extremsituationen mit afghanischen Ortskräften zusammengeschweißt haben. Dass sie teils zum engsten Freundeskreis gehören. Die Afghanen sind zu Kameraden geworden, auch wenn sie Zivilisten und Ausländer sind. Dass die Bundesregierung diese afghanischen Kameraden zu lange ignoriert hat, empört viele Soldaten.“

Und das empört auch mich. Natürlich, die afghanischen Ortskräfte wurden für ihre Arbeit gut entlohnt, gut versorgt. Sie hatten ein besseres Leben als Mitarbeiter der Deutschen, als sie es vorher gehabt haben. Aber sie waren loyal, viele haben ihr Leben riskiert in gemeinsamen Einsätzen mit unseren Soldaten. Sie haben auf uns vertraut, auf die Zusagen unserer Regierung, sie herauszuholen, wenn die Taliban mit ihrem Steinzeit-Islam wieder die Macht übernehmen.

Und jetzt soll das alles nicht mehr gelten?

Weil unsere Politiker nicht fähig sind, illegale Afghanen abzuschieben? Weil afghanische Gewalttäter schlimme Straftaten bei uns begehen?

Sollen wir ausgerechnet den 2600 Afghanen in Islamabad, die für uns gearbeitet haben und darauf vertrauen, dass Deutschland sein Wort hält, im Stich lassen, während gleichzeitig Zehntausende Illegale weiter hier „geduldet“ werden? Ein freiheitlicher Rechtsstaat darf das nicht zulassen.